

An

**den Landrat
Herrn Michael Makiolla**

Fraktionsvorsitz: Herbert Goldmann, Anke Schneider,
Jochen Nadolski-Voigt

den Fraktionen und Gruppen zur Kenntnis

Geschäftsführerin: Stephanie Schmidt

Fraktionszimmer: B. 116 / 117

Unna, 11.05.2020

Antrag für die Sitzung des Kreistages am 23.06.2020

Sehr geehrter Herr Landrat Makiolla,

die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN stellt hiermit den Antrag zur **Selbsterklärung des Kreises Unna zum „Sicheren Hafen“**.

Wir bitten um Aufnahme des TOPs in der nächsten Sitzung des Kreistages am 23.06.2020 und zur Beschlussfassung des folgenden

Beschlussvorschlages:

- **Der Kreis Unna erklärt sich zum „Sicheren Hafen“.**
- **Der Kreis Unna erklärt sich solidarisch mit den Forderungen der Potsdamer Erklärung von 2019 auf der Grundlage der Initiative „Seebrücke – schafft Sichere Häfen“ zur Rettung der aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten.**
- **Der Kreis Unna wirbt und unterstützt die kreisangehörigen Kommunen für einen Beitritt zum Bündnis.**

Begründung:

Mit Antrag vom 02.08.2019 hat die GRÜNE Fraktion gebeten, dass der Kreis Unna seine Aufnahme bzw. Mitgliedschaft im Netzwerk „Sicherer Häfen“ überprüfen möge.

Gleichzeitig wurde der Landrat gebeten, in der Bürgermeisterkonferenz für die Mitgliedschaft der kreisangehörigen Kommunen zu werben.

Am 12.03.2020 hatte die Fraktion im Rahmen einer Anfrage einen aktuellen Sachstand erbeten, verbunden mit der Frage einer humanitären Unterstützung für die Zukunft.

Auf den großen Spielraum, wie sich Kommunen und Kreise in die Initiative Seebrücke einbringen können, hatte die GRÜNE Fraktion explizit hingewiesen.

b.w.



Eine schriftliche Anfrage und diesbezügliche Rückmeldung hat deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sich auch Landkreise zu „Sicheren Häfen“ erklären können und eine solche Mitgliedschaft von Landkreisen ausdrücklich gewünscht wird um sich in der Sache zu positionieren, aber auch um den Druck auf die Bundes- als auch auf alle Landesregierungen zu erhöhen, ihrerseits entsprechende Schritte einzuleiten um in Not geratenen Menschen durch Rettungsmaßnahmen und einer zusätzlichen Aufnahmebereitschaft eine Perspektive zu geben.

Die Erklärung zum Sicheren Hafen bedeutet hierbei formal noch keinen Bündnisbeitritt, sondern die Möglichkeit in einem nächsten oder gleichen Schritt auch dem Bündnis beizutreten.

Der SPD-Fraktionsvorstand hatte seinerzeit in der inhaltlichen Diskussion richtigerweise darauf hingewiesen, dass es bei einer positiven Beschlussfassung nicht darum gehe „jeden, der ins Wasser fällt bei uns aufzunehmen, sondern darum, in einem rechtsstaatlichen Weg das Aufenthaltsrecht zu überprüfen“.

Mittlerweile haben sich über 150 Kommunen diesem Netzwerk und dem Bündnis angeschlossen. Auf die inhaltlichen Begründungen der eingangs angesprochenen Anträge wird in diesem Zusammenhang verwiesen.

Zu Beginn der Initiative war die Aufnahmebereitschaft nur für die Hilfe aus Seenot ausgerichtet; mittlerweile habe sich viele Kommunen und Kreis entschieden, diesen Aufnahmebegriff weiter zu denken und bieten ihre Aufnahmebereitschaft auch aus Lagern, z.B. aus den griechischen Inseln an.

Fakt ist, dass jeder weitere Beitritt für die weiteren politischen Diskussionen und Entscheidungen sowohl auf der nationalen als auch EU-Ebene von besonderer Wichtigkeit sind.

Dieser Hinweis und die zunehmend prekäre Lage in Libyen in Bezug auf die Bootsflüchtlinge und in den Lagern durch die aktuelle Corona-Epidemie haben die Grüne Fraktion veranlasst, dieses Thema erneut auf die politische Agenda zu setzen.

- Potsdamer Erklärung zu den Sicheren Häfen:

https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2019_06_03_potsdamer_erklaerung.pdf

- Die Koordination des Bündnisses hat die Stadt Potsdam übernommen.

Mehr Informationen zum Bündnis finden Sie auf den Seiten der Stadt Potsdam:

<https://www.potsdam.de/das-buendnis-staedte-sicherer-haefen>

Mit freundlichen Grüßen

Fraktionsvorsitzender